

## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 24.11.2021

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Ende:</b>	17:43 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Panse
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
4.1.	1. über/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haus- haltsjahr 2021 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	2127/21
5.	Informationen	

- 5.1. Mündliche Informationen
- 5.1.1. Stand der Erarbeitung und Vorlage der Jahresrechnung 2020 und des Entwurfs der Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022/23 **2222/21**  
Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Frau Schönemann  
hinzugezogen:  
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
- 5.2. Sonstige Informationen

## **I. Öffentlicher Teil**

**Drucksachen-  
Nummer**

### **1. Eröffnung und Begrüßung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Panse, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren verwies Herr Panse auf das Merkblatt mit den Rahmenbedingungen hinsichtlich COVID-19.

### **2. Änderungen zur Tagesordnung**

Die Behandlung der vorliegenden mündlichen Information, Drucksache 2222/21, wurde mit 8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Die Behandlung erfolgt unter dem TOP 5.1.

Weitere Änderungen lagen nicht vor.

### **3. Dringliche Angelegenheiten**

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

### **4. Behandlung von Entscheidungsvorlagen**

#### **4.1. 1. über/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2021 BE: Leiterin der Stadtkämmerei** **21 27/21**

Auf die Nachfragen von Herrn Vothknecht, Fraktion CDU, und Herrn Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, in welchen zeitlichen Ablauf die Verzinsung der Steuererstattungen entstehen und in welcher Höhe diese verzinst werden, sowie welchen Zinssatz die Stadtverwaltung Erfurt zukünftig ansetzen wollen, ging Frau Kühnel, Leiterin der Stadtkämmerei, ein. Bisher lag der Zinssatz bei 6 %, dieser ist aber seit dem Jahr 2019 nicht mehr zulässig. Im Laufe des Jahres 2022, wird der Gesetzgebereine Entscheidung über den neuen Zinssatz treffen. Die Verzinsung entsteht nach 18 Monaten der Forderung aus der Gewerbesteuer. Die Forderungen (siehe Drucksache) die jetzt gebucht werden, beziehen sich alle auf den Veranlagungszeiträumen vor dem Jahr 2019, so Frau Kühnel. Des Weiteren verwies sie und auch Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, auf die Drucksache 1415/21, mit der der Ausschuss in der Sitzung am 29.09.2021 ausführlich über diese Thematik informiert worden ist.

Auf Grund der Nachfrage von Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., wurde folgende Festlegung getroffen:

<b>Drucksache 2337/21</b>	<b>Wie viel hat die Stadtverwaltung Erfurt im Jahr 2021 an Gewerbesteuer gestundet?</b>  T.: 22.12.2021 V.: Beigeordneter für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben
-------------------------------	--

Die Nachfrage von Herrn Schlösser, Fraktion AfD, wie die 500.000,00 EUR ermittelt wurden, obwohl der neue Zinssatz nicht bekannt ist und inwieweit dieser Beschluss unabweisbar ist, wurde durch Frau Kühnel erläutert.

**beschlossen Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

### **Beschluss**

**Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben beschließt die über-/außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1<sup>1</sup>.**

## **5. Informationen**

### **5.1. Mündliche Informationen**

- 5.1.1. Stand der Erarbeitung und Vorlage der Jahresrechnung 2020 und des Entwurfs der Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022/23** **2222/21**  
**Fragesteller: Fraktion DIE LINKE., Frau Schönemann**  
**hinzugezogen:**  
**Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung**

Herr Linnert, erklärte, warum die Jahresrechnung 2020 noch nicht vorgelegt worden ist. Ihm war es wichtiger einen Haushaltsplanentwurf 2022/2023 vorzulegen, weil dieser für die Gestaltung und Handlungsfähigkeit des Stadtrates bedeutender ist, wie die Jahresrechnung 2020. Ebenso verwies er auf die zur Verfügung stehenden Mitarbeiter, welche nur einen bestimmten Umfang an Arbeit erledigen können. Die Zahlen der Jahresrechnung sind im Haushaltsplanentwurf jeweils in der 3. Spalte zu entnehmen, so Herr Linnert.

Frau Kühnel, Leiterin der Stadtkämmerei, informierte, dass die Jahresrechnung 2020 am 02.07.2021 festgestellt wurde und dem Ausschuss in seiner Sitzung am 19.01.2022 und

---

<sup>1</sup> redaktionelle Anmerkung

Die Anlage liegt der Niederschrift bei.

dem Stadtrat in seiner Sitzung am 26.01.2022 vorgelegt werden soll. Mit dem Rechnungsprüfungsamt wurde vereinbart, dass zeitgleich prüfungsbegleitende Maßnahmen stattfinden und dass diese in bestimmten Teilbereichen auch umgesetzt werden.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, stellte klar, dass der vorliegende Sachverhalt schon mehrfach im Ausschuss thematisiert wurde – Prioritätensetzung, Personalmangel etc. Es sollte eine direkte Kommunikation erfolgen, um sich solch vorliegende Drucksachen zu ersparen, so Frau Dr. Faber-Steinfeld.

Auf die Nachfrage von Frau Schönemann, Fraktion DIE LINKE., inwieweit die Steuerschätzung November 2021 berücksichtigt wurde, nahmen Frau Kühnel und Herr Linnert darauf Stellung. Die Steuerschätzung liegt erst seit der 46. Kalenderwoche mit den regionalen Ergebnissen vor und fand somit keine Berücksichtigung im Haushaltsplanentwurf 2022/2023. Auf Grund dessen wird es eine Verwaltungsänderung, in der die Daten der Steuerschätzung eingearbeitet sind, geben. Des Weiteren wurde durch Herrn Linnert mitgeteilt, dass die Steuereinnahmen sich positiver entwickeln haben als gedacht.

## **zur Kenntnis genommen**

### **5.2. Sonstige Informationen**

Laut Medienberichten der vergangenen Tage, wurde von Kosten zur Durchführung des Erfurter Weihnachtsmarktes in Höhe von ca. 340.000,00 EUR gesprochen. In diesem Zusammenhang, bat Herr Panse, Ausschussvorsitzender, um eine Aussage, woher die Mittel kommen, wer dies entschieden hat und warum der Ausschuss nicht involviert worden ist.

Eine Beteiligung des Ausschusses und der Stadtkämmerei hat nicht stattgefunden, weil die Mehrausgaben über Deckungsringe finanziert worden sind bzw. aus Mitteln, die aus Veranstaltungsbereichen genommen werden konnten, da auf Grund der Corona-Pandemie viele Veranstaltungen ausfallen mussten. Es wurden keine überaußerplanmäßigen Ausgaben diesbezüglich genehmigt, so Herr Linnert.

Da die Mehrkosten sich auf fixe Kosten beziehen, wurde durch den Ausschuss folgende Festlegung getroffen:

<b>Drucksache 2336/21</b>	<b>Dem Ausschuss ist die exakte Kostenabrechnung des Weihnachtsmarktes 2021 vorzulegen.</b>  <b>Ebenso ist darzulegen, welche Aufträge zu welchem Zeitpunkt diesbezüglich vergeben worden sind und welche Grundlagen es für die Vergaben gab.</b>  <b>T.: 19.01.2022</b> <b>V.: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung</b>
-------------------------------	--

Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, informierte, dass eine neue Thüringer Landesverordnung veröffentlicht wurde,

die ab dem 25.11.2021, 00:01 Uhr gilt und u. a. vorsieht, dass Weihnachtsmärkte untersagt sind. Somit erfolgt eine sofortige Schließung des Erfurter Weihnachtsmarktes ab dem 25.11.2021.

Herr Prechtel, sachkundiger Bürger, bat die Festlegung zu ergänzen, auf welcher Beschlussgrundlage auf dem Domplatz 3 Weihnachtsmärkte stattfinden sollten. Aus seiner Sicht ist ein finanzieller Schaden entstanden, da man schon im Vorfeld wusste, dass es zu einer Schließung kommen könnte. Herr Panse verwies auf die Zuständigkeit des Ausschusses, es sollte sich auf die finanzielle Frage konzentriert werden. Hierzu äußerte sich auch Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, der sich u. a. erkundigte, inwieweit ein einstweiliger Antrag erfolgt, um den Erfurter Weihnachtsmarkt trotz allem stattfinden zu lassen.

Frau Hofmann-Domke erklärte, dass derzeit eine rechtliche Prüfung läuft. Auf Grund der schwierigen Lagemeldung aus dem Gesundheitsbereich, wird die Stadtverwaltung Erfurt noch mal alle Gefährdungstufen abwägen und am 25.11.2021 die Entscheidung treffen, ob in ein Rechtsstreit getreten wird oder nicht. Des Weiteren erfolgte durch sie eine kurze Darstellung zum Zustandekommen der 3-Teilung des Weihnachtsmarktes.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, plädierte auf die Zuständigkeit des Ausschusses. Er unterstützte die Festlegung von Herrn Panse und erklärte, dass überlegt werden sollte, auf einen Rechtsstreit zu verzichten.

Vor dem Hintergrund, dass der Oberbürgermeister seit 6 Wochen öffentlich anmahnt, in welcher dynamischen Situation die Stadt Erfurt hinsichtlich der Corona-Pandemie sich bewegt, bat Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, um Zuarbeit, welche Aufträge vor 2, 4 und 6 Wochen erteilt worden sind und mit welchem Wert. Hierzu verwies Herr Panse auf die festgehaltene Festlegung, wo speziell auf das finanzielle geschaut werden muss, alles andere was den Weihnachtsmarkt angeht, muss in den entsprechenden Gremien diskutiert werden.

gez. Panse  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in